

**Parteiprogramm der  
Modernen Sozialen Partei**

**2020**



## Einleitung

Wir befinden uns im Finale. Was früher für Politik und Gesellschaft galt, gilt heute nicht mehr. Die Menschheit steht zum ersten Mal in ihrer Geschichte an der Grenze der Selbstausslöschung. Zu der atomaren Gefahr gesellt sich, schleichend, aber immer unaufhaltsamer, der Klimawandel. Die soziale Ungleichheit explodiert in einem noch nie dagewesenen Maße. Und unser Finanzsystem läuft Amok, sich von Schulden ernährend und immer mehr Schulden hinterlassend. Mehr, als irgendein Land zurückzahlen kann.

Wir haben uns keine leichte Zeit ausgesucht, um die Politik aufzumischen. Dennoch ist die Zeit genau richtig, dass die Moderne Soziale Partei auf den Plan tritt. Wer glaubt, dass Parteien, die die heutige Lage mitverursacht haben, die sogenannten „etablierten Parteien“, die unter sinkenden Mitgliederzahlen und obsoleten Parteistrukturen leiden, eine echte Lösung für die Probleme unserer Zeit parat haben, der täuscht sich. Ihnen weiterhin die alleinige Verantwortung für Deutschland zu überlassen, holt uns nicht aus der Sackgasse, in die uns die Politiker von Gestern und Heute manövriert haben. Am Tag vor unserer Gründung gab es keine einzige Partei in Deutschland, der wir mit reinem Gewissen zutrauen konnten, unsere Gesellschaft, unser Land und unseren Planeten vor der Katastrophe zu bewahren. Es ist unsere moralische Pflicht als Moderne Soziale Partei, alles zu tun, um unser Land und die Menschheit in eine goldene Zukunft von Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit zu leiten. Statt nur zu protestieren und zu zerstören, was nicht funktioniert, bieten wir Gegenentwürfe und echte Alternativen, von denen alle Menschen profitieren.

In Abgrenzung zu der immer bürgerferner regierenden Politik-Elite setzt sich die MSP für eine Erneuerung der Demokratie ein und will das Vertrauen der deutschen Bevölkerung nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten gewinnen. Als erste Partei in Deutschland trauen wir uns, große Konzepte für die Zukunft zu entwerfen und darüber nachzudenken, wie unser Land in zehn, zwanzig oder fünfzig Jahren aussehen soll. Dieses Programm ist nur der Anfang einer neuen Ära in unserem Land und auf der Welt. Denn mit uns wird sich die Welt stärker verändern als je zuvor. Und an diesen Veränderungen mitwirken kannst auch Du. Egal ob mit einer Stimme für uns bei der nächsten Wahl, mit einer Spende oder mit einer aktiven Parteimitgliedschaft. Verändern wir gemeinsam diese Welt. Zum Besseren.

## Wirtschaft, Steuern und Finanzen

Die Finanz- und Spekulationswirtschaft, die heute mehrere Male größer ist als die reale Wirtschaft, hat jeden Bezug zur Wirklichkeit verloren. Derivate und andere Spekulationspapiere haben bereits den Crash 2008 mitverursacht. Bis 2020 hat sich ihr Volumen noch einmal verdoppelt. Der nächste Knall ist vielleicht nicht mehr abzuwenden, aber er muss der Letzte sein. Die MSP fordert, den giftigen Luftballon „Finanzwirtschaft“ ein für alle Mal zu entsorgen, zusammen mit seinen Nebenprodukten Spekulation und Schuldenspirale.

Es gibt mehrere Male mehr Schulden als Geld auf der Welt. Die „Schwarze Null“ halten zu wollen ist im Zinskapitalismus ähnlich sinnvoll wie zu versuchen, einen Wasserfall hinaufzuschwimmen. Wir können niemals schuldenfrei werden – und die Schuldenspirale zieht langsam, aber sicher, wie ein Strudel, alle Volkswirtschaften dieser Welt in den Abgrund. Schuld daran sind unter anderem der Zins und die nahezu unendliche Kreditschöpfung durch Geschäftsbanken. Der Zins ist es, der dafür sorgt, dass die Reichen immer reicher werden und über 90% der Menschen immer ärmer. Wer sich große Aktien im Überfluss leisten kann und wer den Unternehmen Millionen summen leiht – das sind die Einzigen, die am Zins verdienen. Wir haben lange und gewissenhaft die Umsetzung eines zinsbefreiten Finanzsystems durchgeplant und sind davon überzeugt, dass zinsfreies Vollgeld die Lösung ist.

Wir erstreben zusätzlich eine gesicherte Grundversorgung für alle Menschen in Deutschland. Unser Land ist weit genug entwickelt, um sich diese Selbstverständlichkeit zu leisten. Mit internationalen Steuerabkommen zur Schließung aller Steueroasen weltweit garantieren wir außerdem Chancengleichheit und Gerechtigkeit für alle Unternehmen und Menschen auf dieser Welt, nicht nur in Deutschland.

Das heutige Finanz- und Wirtschaftssystem fördert Egoismus, Betrug, Kriminalität, Krieg, Umweltverpestung und den gesamten Bodensatz der menschlichen Zivilisation. Ändern wir das System, so können wir all diese schlechten Symptome mit ihm zusammen in die Kanalisation der Geschichte spülen – mit nur einem Knopfdruck.

Um ein gerechtes neues Finanzsystem zu entwerfen, bedienen wir uns der besten Ideen, Ansätze und Gedanken der Geschichte und krönen diese mit einer revolutionären, innovativen Währung. Fertig ist die Fusion aller Systeme, die Moderne Soziale Wirtschaft.

Die Zentralbank wird hier als Monetative zur vierten Staatsgewalt erklärt und damit der demokratischen Kontrolle unterstellt. Wir wollen, dass sich die Zentralbank genauso vor uns allen rechtfertigt, wie die Politik es eigentlich tun sollte. Stürzt uns eine Zentralbank in eine Krise, dann wollen wir die Verantwortlichen zur Rede und vor Gericht stellen können. Wir fordern die Einführung eines demokratisch gewählten Zentralbankrats, der aus je 10 Experten aus den anderen drei Staatsgewalten und aus 5 direkt vom Volk gewählten Ökonomen besteht.

Es darf ebenfalls nicht länger möglich sein, dass jede Bank auf eigene Faust Millionenkredite aus dem Nichts zaubert und sogar noch Zinsen von den Bürgern bekommt, während die ihr Geld der Bank zum Nullzins leihen. Wir lösen das Problem im Kern:

Es gibt in unserem System keine Zinsen. Das Geld ist so kein wertloses Papier mehr, das früher oder später wie ein schlapper Luftballon zusammensackt. Unser Geld ist sogenanntes Vollgeld, gedeckt durch die geballte Kraft unserer Wirtschaft, durch die Arbeit von ganz Deutschland, durch die Entdeckungen unserer Forscher und durch die Kreativität unserer Künstler und Autoren. Gegen Inflation und Deflation sind wir endlich immun.

In der Modernen Sozialen Wirtschaft schöpft nur noch die demokratische, freie und transparente Zentralbank das Geld. Und dieses ist vollkommen gedeckt durch die Wirtschaft des Landes. Die Inflation ist Null, es wird kein Cent mehr gedruckt oder überwiesen, der nicht entsprechend durch genug unserer Wirtschaftsleistung hinterlegt ist. Alle Bürgerinnen und Bürger erhalten von der staatlichen Zentralbank ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von mindestens 3.000 Euro pro Monat, sowie 1.000 Euro monatlich pro Kind. Dieses Grundeinkommen wird schrittweise gesenkt, während immer mehr Leistungen vom Staat kostenlos erbracht werden und die Menschen immer mehr Einkommen durch ihre Arbeit einnehmen. Selbst flächendeckende digital bedingte Arbeitslosigkeit kann so kompensiert werden.

Die Geldmenge in der Modernen Sozialen Wirtschaft wird, sofern notwendig, parallel zum Wachstum der Realwirtschaft erhöht. Es gibt kein Konkurrieren mehr um künstlich verknappte Ressourcen, denn nicht die Gewinnmaximierung ist essentiell, sondern der größte Nutzen für alle. Der Wert eines Unternehmens hängt auch nicht länger von seinem Profit und von Börsenspekulationen, sondern von seiner Gemeinnützigkeit ab. Profitstreben und der Soziale Gedanke sind kein Gegensatz mehr, sondern hängen voneinander ab.

Die Gemeinwohlbilanz aller Unternehmen wird in einen Vergleich mit dem Rest der Branche gesetzt und allen Kunden in Form eines Ampelsystems eindeutig und unmissverständlich präsentiert. Um arbeiten zu können, erhalten alle Unternehmen vom Staat am Stichtag der Wirtschaftsreform eine große Unternehmensgutschrift geschenkt. Damit wird die Wirtschaft selbst nach einem Totalcrash sofort wieder angekurbelt. Die Gewinne der Unternehmen werden im Gegenzug auf alle Angestellten, also Anteilseigner, aufgeteilt, hierbei nehmen Höhergestellte natürlich mehr ein, aber dennoch keine Summen kosmischen Ausmaßes. Diese gerechte Gewinnaufteilung würde die bisher oft zu niedrigen Gehälter ersetzen – und auf Dauer führt diese Einkommensgerechtigkeit auch zu Vermögensgerechtigkeit und sozialem Frieden. Unabhängig davon sind alle Bürgerinnen und Bürger durch das Grundeinkommen abgesichert.

Unternehmensanteilseigner können einzeln oder gemeinschaftlich beschließen, ihren Gewinnanteil dem Unternehmen als Investmentmasse dazulassen. Der Staat vergibt währenddessen zinsfreie Kredite an Unternehmen und Personen, nimmt aber auch zinsfreie Geldanlagen als Sparen an. Menschen können zudem beschließen, aus gemeinsam Erspartem oder aus Krediten ein neues Unternehmen zu gründen. Das Steuersystem wird drastisch vereinfacht und alles wird auf wenige Steuern zusammengefasst, die uns viel weniger belasten, als die momentanen Steuern es tun. Die Steuern wären damit auf gerade Bahnen gelenkt und endlich gerecht gestaltet. Etwa 20 bis 30 verschiedene Steuern werden auf die Gesundheitssteuer, Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Kapitalsteuer, Vermögenssteuer, Unternehmenssteuer und Ökosozialsteuer zusammengefasst – die jedes Grundschulkind berechnen kann.

Fragt sich nur noch, wie unser System auf ökonomische Unregelmäßigkeiten reagieren kann. Im Falle einer Rezession wird die Geldmenge im Umlauf verkleinert. Dies kann am einfachsten geschehen, indem alles Vermögen um die entsprechende Prozentzahl reduziert wird. Was auch die Investitionen ankurbeln wird; in naher Zukunft wächst die Wirtschaft wieder. Da Rezessionen meist keine hohen Prozentzahlen erreichen, tut die Vermögensreduktion niemandem weh, sichert aber eine komplette Stabilität des Geldwertes.

Das begrenzte Geld, seine ungleiche Verteilung und Geldmangel haben bis heute die Produktivität der Menschen und der Gesellschaft eingeschränkt. Mit der MSP haben alle Menschen die Chance, eigene Projekte zu starten, erfolgreich zu werden und das zu tun, was sie am meisten lieben.

Entscheide Dich jetzt für eine freie und gerechte Zukunft, werde Mitglied bei uns und bestimme mit deiner Stimme für die MSP über das Schicksal unseres Landes!

## Natur, Umwelt und Klima

Es ist eine bittere Wahrheit: Der Mensch ist durch seinen enormen CO<sub>2</sub>-Ausstoß hauptverantwortlich für den Klimawandel, die Verschmutzung und Ausbeutung der Erde und damit den rapiden Artenrückgang. Wir können heute vom Beginn des sechsten Massenaussterbens in der gesamten Erdgeschichte sprechen. Klimadaten zeigen uns eindeutig: Seit Beginn der Industrialisierung steigen die Temperaturen an und Extremwetterereignisse nehmen zu. Dies schadet Tieren und Pflanzen: Beispielsweise sterben Korallenriffe ab und Tiere der Polarregion verlieren ihren Lebensraum. Wir Menschen sind für ihr Schicksal verantwortlich. Doch auch der Mensch selbst ist maßgeblich von den steigenden Temperaturen betroffen: Millionen Menschen leiden unter Dürren, Überschwemmungen oder schweren Stürmen oder verlieren gar ihre Heimat, sodass schon heute ein Großteil der Flüchtlinge sogenannte Klimaflüchtlinge sind.

Uns ist klar: Machen wir so weiter wie bisher und führen keinen radikalen Umschwung durch, wird der Klimawandel nicht mehr aufzuhalten sein und in einem Teufelskreis enden, der nicht aufhört, bis die Polkappen restlos abgeschmolzen und der letzte Baum gefallen ist.

Doch damit sei fürs Erste genug schlechte Stimmung verbreitet. Da der Klimawandel menschengemacht ist, bedeutet das im Umkehrschluss, dass die Stellschraube bei uns liegt. Wir können das Klima noch retten, wenn wir jetzt handeln.

Unsere Forderung lautet also: Wir müssen das völkerrechtliche Pariser Klimaschutzabkommen, dem bei Vereinbarung von Seiten der Bundesregierung eindeutig zugestimmt wurde, einhalten und somit unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß deutlich drastischer senken, als die Ziele der Bundesregierung es vorgeben. Um ein schnellstmögliches Herunterfahren der Emissionen zu gewährleisten, kommen wir wohl nicht um eine Besteuerung des Ausstoßens klimaschädlicher Gase, besonders CO<sub>2</sub>, herum. Wir schlagen konkret das Einführen eines Preises von 100 € pro Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent im Jahr 2020 vor, der sich Schritt für Schritt auf 200 € pro Tonne im Jahr 2030 erhöht.

Zu guter Letzt schlagen wir das Einführen einer Klimadividende vor, das heißt der Bevölkerung wird ein Teil der Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Steuer in Form einer jährlichen Auszahlung pro Kopf rückerstattet.

Somit werden auch soziale Faktoren berücksichtigt, denn ärmere Haushalte profitieren eher als wohlhabendere.

Das allerwichtigste bei sämtlichen Maßnahmen, die das Senken von Treibhausgasemissionen zum Ziel haben, ist, dass der Anreiz für klimafreundliches Verhalten groß ist. Konkret bedeutet das: Klimaschädliches Verhalten soll teuer, klimafreundlicheres Verhalten kostengünstiger sein.

Genau deshalb fordern wir, die schon heute zur Verfügung stehenden technischen Mittel, die zur Energiewende beitragen, auszubauen. Öffentliche Verkehrsmittel müssen viel günstiger werden, sowie mehr Bus- und Bahnstrecken geschaffen werden. Ökostrom soll noch mehr steuerliche Vorteile erhalten, besonders aber muss die unerhörte Subventionierung von fossilen Brennstoffen beendet werden.

Allerdings ist da nicht nur das Klima. Unser blauer Planet hat so viel unfassbare Schönheit zu bieten, und wir alle tragen die Verantwortung dafür. Der Mensch ist Teil der Natur, deshalb ist Naturschutz immer auch Schutz des Menschen. Es geht um die Bewahrung des Planeten Erde im Gesamten, mit allem Lebenden. Wir Menschen haben wie nie zuvor in der Geschichte das Schicksal unseres Planeten und damit auch das unserer Spezies in der eigenen Hand.

Doch dazu müssen wir bei uns selbst anfangen. Anstatt uns also über den Umgang anderer Länder mit der Natur zu echauffieren, müssen wir erst einmal vor unser eigenen Haustür kehren. Unser Ziel muss sein, ein aufstrebendes, ökologisch denkendes und handelndes Land zu werden, das wahrlich eine Vorbildfunktion in der Welt einnehmen kann. Dann können wir als wirklich nachhaltiges Deutschland Forderungen an die restliche Welt stellen. Die ersten Schritte müssen wir deshalb jetzt gehen. Durch unser fortschrittliches Handeln können wir weltweite Veränderungen anstoßen. Unsere konkreten zentralen Forderungen im Bereich Umwelt- und Naturschutz lauten deshalb:

Die Produktion von Plastik muss rapide heruntergefahren und der Eintrag ins Meer gestoppt werden. Bis 2030 soll die Plastikproduktion halbiert und der Eintrag ins Meer gänzlich unterbunden sein. Um einen Anreiz dafür zu schaffen, ist eine Steuer auf Plastikverpackungen, aber auch eine deutliche steuerliche Begünstigung von recyceltem Plastik einzuführen.

Die positive Entwicklung der deutschen Waldfläche muss aufrecht erhalten und verstärkt werden. Wir fordern einen starken Ausbau geschützter Waldflächen, in denen die Natur ihrem Lauf überlassen wird – ohne menschliches Einmischen und Bewirtschaftung. Diese Wälder sind ganz besonders wertvoll für Tier- und Pflanzenwelt. Generell sollen Naturschutzgebiete vergrößert werden. Indem jeder Landwirt einen kleinen Teil seiner Fläche zu Renaturierungszwecken, beispielsweise Blühstreifen, abgibt, kann wieder ein Lebensraum für eine Vielzahl an zurückgedrängten Tier- und Pflanzenarten entstehen.

Ein starker internationaler Schutzvertrag besonders für die Polarregionen, Ozeane und Regenwälder ist dringend notwendig und längst überfällig, da wir retten wollen, was noch zu retten ist. Wir brauchen außerdem ein großangelegtes globales Aufforstungsprogramm, denn Bäume sind starke Verbündete im Kampf gegen den Klimawandel. Sie verschaffen uns Zeit in unserer Umstellung auf ein klimaneutrales Leben, indem sie bereits ausgestoßenes Kohlenstoffdioxid fixieren.

Doch nicht nur Wälder erfüllen diese Aufgabe, sondern auch andere Naturlandschaften. Besonders Moore, welche seit Beginn der Industrialisierung großflächig trockengelegt wurden, sollen wieder vernässt werden, denn Moore sind riesige Kohlenstoffspeicher. Durch eine Renaturierung der Moore könnten wir so einen entscheidenden Schritt zur Reduktion unserer Kohlenstoffdioxidemissionen gehen und gleichzeitig bedrohten Tier- und Pflanzenarten ihren natürlichen Lebensraum zurückgeben. Umwelt- und Naturschutz ergänzen sich hier perfekt.

Zu guter Letzt muss der Ausstoß der enorm klimaschädlichen (teil)halogenierten Kohlenwasserstoffe verboten werden, vor allem, da bereits ausreichend kostenähnliche Alternativen zur Verfügung stehen. Wir müssen uns darüber im Klaren werden, dass Natur- und Umweltschutz immer auch Schutz des Menschen ist, denn dies bedeutet Schutz unserer eigenen Lebensgrundlagen. Damit geht auch die drastische Senkung der Feinstaub- und Schadstoffbelastung, besonders in urbanen Räumen, einher. Schon heute sterben mehr Menschen am Auspuff unserer Fahrzeuge als im Verkehr – nämlich an den Folgen von Lungenerkrankungen und Co. Wir wollen also zusätzlich zu deutlich besseren Filtertechnologien die deutschen Städte umfassend begrünen, denn Pflanzen sind effektive Schadstofffilter, kühlen die Umgebung an heißen Sommertagen und wirken sich auch noch positiv auf die menschliche Psyche aus.

## **Energie und Ressourcen**

Die Zukunft der Energieversorgung Deutschlands und der Welt sehen wir eindeutig in den erneuerbaren Energien, besonders Solar- und Windkraft. Allein aufgrund des inzwischen omnipräsenten Faktens, dass diese Energien im Gegensatz zu Braunkohle und Co. klimaneutral sind, doch nicht nur das. Sie sind außerdem unerschöpflich. Somit wären wir von endlichen Ressourcen unabhängig und in unserer Energieversorgung abgesichert. Bei einer Umrechnung der Kosten, bei der wir Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschäden mit einbeziehen, zeigt sich ganz klar, dass Energie aus Wind- und Solarkraft schon heute deutlich preiswerter ist als Energie, die aus fossilen Brennstoffen gewonnen wurde. Es ist also auch noch wirtschaftlich, auf grüne Energien umzusteigen.

Der Umstieg auf erneuerbare Energieträger ist aber nicht nur in der Stromproduktion ein wichtiger Schritt, sondern besonders im Wärme- und Verkehrssektor. Hier liegt ihr Anteil momentan bei lächerlichen einstelligen Prozentzahlen bis hin zu schlappen 15 %; der gesamte Rest wird also noch durch die Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas gewonnen.

Doch nicht nur der Status quo ist alles andere als begeisternd, besonders der Ausbau der regenerativen Energien lässt in den letzten Jahren zu wünschen übrig: Er hängt meilenweit hinter dem Zubau von vor einigen Jahren zurück. Damit verbunden: Allein durch das Drosseln des Aufbaus von Wind- und Solaranlagen in den Jahren 2012 bis 2015 sind mehr als dreimal so viele Arbeitsplätze in diesem Sektor verloren gegangen, wie überhaupt im gesamten deutschen Braunkohletagebau existieren. Wir sehen also: Aus multiplen Gründen ist ein starker Ausbau der Solar- und Windkraft nötig und sinnvoll. Wir wollen nicht weiterhin die ohnehin schon laschen Vorsätze fürs nächste Jahrzehnt verfehlen wie die aktuelle Bundesregierung. Wir sagen: Schnellstmöglicher Ausbau grüner Energien. Jetzt.

## Konsum und Nahrungsmittel

In Deutschland werden jährlich fast 12 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen. Ein großer Teil davon wäre noch essbar gewesen. An anderen Orten der Welt sterben Millionen Menschen den Hungertod oder leiden an extremer Mangelernährung. Das Futter unserer Hunde ist um Welten besser als das, was Menschen in armen Ländern zu Essen haben. Doch nicht nur aus ethischen Gründen sollten wir uns dafür einsetzen, darauf zu achten, wie unsere Konsumgüter produziert werden. Auch um die ökologischen Folgen unseres Konsumverhaltens sollten wir uns Gedanken machen. Fair und ökologisch passt gut zusammen: Ein Produkt soll nachhaltig produziert sein, das heißt, dass die Produktionsart so über längere Zeit fortgesetzt werden kann, ohne die am Produkt beteiligten Parteien – Menschen und Umwelt – zu sehr zu belasten. Auch unser Konsumverhalten sollte möglichst nachhaltig sein. Wie können wir dies erreichen?

Erstens ist es wichtig, Aufklärungsarbeit zu leisten. Wenn wir weniger verschwenderisch mit unseren Konsumgütern, besonders Lebensmitteln, umgehen, kann bereits ein nennenswerter Teil eingespart werden, denn über die Hälfte der in Deutschland weggeworfenen Lebensmittel entstehen in den Haushalten. Pro Jahr wirft der Durchschnittsdeutsche mindestens 75 Kilogramm Nahrung in den Müll. Hier können wir ansetzen: Was gar nicht erst produziert wurde, schadet weder der Umwelt durch Anbau oder lange Transportwege, noch den betroffenen Menschen. Produzieren wir weniger, wird die Umwelt und damit auch langfristig der Mensch weniger stark belastet. Es kann nicht sein, dass Lebensmittel, die von armen Bauern in den Entwicklungsländern mühsam für einen Hungerlohn angebaut und dann um die halbe Welt zu uns verschifft wurden, tonnenweise in deutschen Mülltonnen landen. Und das Umdenken fängt bei jedem Einzelnen an.

Zweitens müssen per Gesetz die großen Supermarktketten und Betriebe in die Zange genommen werden. Dazu soll im Einzelhandel das Wegwerfverbot eingeführt werden, wie es auch schon beispielsweise in Frankreich geschehen ist. Betreiber von Mensen und anderen Großküchen sollen ein Abfallmonitoring einführen, das Aufschluss darüber gibt, von welchen Lebensmitteln zu viel weggeworfen wird und so in Zukunft eingespart werden kann.

Des Weiteren sollten Menschen, die dieser Lebensmittelverschwendung entgegengetreten, auf Unterstützung treffen. Stattdessen ist das Retten von essbaren Lebensmitteln aus dem gigantischen „Abfall“, auch „Containern“ genannt, eine Straftat. Das kann so nicht weitergehen. Weder strenge Hygienevorschriften noch irgendein Gesetz rechtfertigen eine solche Verschwendung. Was für Nahrungsmittel gilt, sollte natürlich auch für andere Konsumgüter gelten, denn unnötiger Überkonsum macht die Umwelt krank, frisst unsere Ersparnisse, erzeugt bei uns Altersarmut und zugleich totale Armut in den Produktionsländern.

Ein weiteres Problem besteht im hohen und immer weiter steigenden Fleischkonsum, und zwar global. Heute ist der Verbrauch viermal so hoch wie noch vor 60 Jahren. Die übermäßige Produktion von tierischen Produkten trägt zu einem nicht unwesentlichen Teil zu ökologischen Schäden bei: Enormer Trinkwasserverbrauch sowie -verschmutzung durch Antibiotikaeinsatz, vor allem aber hat sie einen starken negativen Einfluss auf die Klimabilanz. Millionen Hektar werden für den Anbau von Futterpflanzen, besonders Soja, beansprucht.

Somit wird für unseren Fleischkonsum der Regenwald weltweit, besonders im Amazonasgebiet, abgeholzt, womit der dramatische Verlust an Biodiversität weiter beschleunigt sowie einer der

wichtigsten CO<sub>2</sub>-Speicher der Welt immer kleiner wird. Aus vielerlei Gründen ist der Fleischkonsum also ökologisch gesehen höchst schädlich.

Wir fordern nicht, Fleischkonsum generell zu verbieten oder zu verteufeln. Allerdings kann von jedem verantwortungsvollen Bürger erwartet werden, darauf zu verzichten, täglich Fleisch zu essen. Mindestens ein vegetarischer Tag in der Woche spart nicht nur eine große Menge CO<sub>2</sub> ein, sondern trägt sogar zur eigenen Gesundheit bei. Nichtsdestotrotz müssen wir angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise mehr tun, als dem Einzelnen Empfehlungen auszusprechen. Um Anreize für einen nachhaltigeren Konsum zu schaffen, wollen wir den Anteil an ökologischer Landwirtschaft in Deutschland erhöhen, denn diese ist vor allem durch Einsparung von Pestiziden und Düngemitteln deutlich umweltfreundlicher. Um die besonders klimaschädliche Rinderhaltung auf ein verhältnismäßiges Maß zu reduzieren, setzen wir uns zudem für eine weltweite Rinderhaltungssteuer ein. Das Geld käme zu 100% internationalen Projekten zur Bekämpfung des Klimawandels zu Gute. Auch würden die Milchbauern von der indirekten Einschränkung der Milchproduktion und damit von höheren Einnahmen pro Liter profitieren.

Diesbezüglich soll ebenso die starke Subventionierung der Massentierhaltung aufhören, denn nur durch diese ist es möglich, Milch- und Fleischwaren so günstig anzubieten. Tierische Produkte sollten wieder ihren Preis haben, nämlich den, den das Produkt – ohne massenhafte Subventionierung – wert ist. Deshalb sollte die Mehrwertsteuer auf tierische Produkte erhöht und auf pflanzliche Erzeugnisse gesenkt werden, sodass dem Verbraucher nicht verboten wird, tierische Produkte zu essen; sie sind bloß teurer.

Klimaschutz muss eine Aufgabe für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und der Welt werden. Wenn eine kleine Zahl an Menschen den radikalen Umschwung macht, ist noch nichts gewonnen. Ein verhältnismäßig kleiner Schritt in Richtung Klimaneutralität, den alle gemeinsam gehen, hat einen größeren Effekt als ein riesiger Sprung, den nur wenige mitmachen. Gerade bei einem solchen Thema, das uns alle angeht, müssen alle an einem Strang ziehen.

Uns muss eins klar sein: Wir haben die technischen Möglichkeiten und das Geld, um die Energiewende bis 2030 zu vollziehen. Vor 50 Jahren gelang es mit Computern, welche einen Bruchteil der technischen Leistung besaßen, die heute jeder Teenager in seinem Smartphone mit sich trägt, auf den Mond zu fliegen. Warum sollten wir es dann im digitalen Zeitalter nicht schaffen, unseren eigenen Planeten vor uns selbst zu retten? Wir müssen nur etwas tun – und die Rahmenbedingungen unserer Wirtschaft ändern, damit sie nicht mehr gegen, sondern für das Klima spielt.

## **Bildung, Forschung und Wissenschaft**

Wenn Kinder eingeschult werden, ist statistisch gesehen jedes sechste Kind hochbegabt. Wenn diese Kinder als Jugendliche oder junge Erwachsene ihre Schullaufbahn beendet haben, ist nur noch jeder Zehnte hochbegabt. Unser Schulsystem ist in einigen Fällen also keine Bildung, sondern Missbildung.

Das Versagen des Staates zeigt sich auch in der explodierenden Zahl an Privatschulen und daran, dass es mittlerweile an nicht-akademischen Berufstätigen mangelt. Währenddessen landen in Studiengängen wie Medizin und Jura teils ungeeignete Abiturienten, nur weil sie ein 1,0-Abitur in Deutsch und Pädagogik gemacht haben – während geborene Ärzte und Anwälte auf der Strecke bleiben, weil die Nachkommastelle der Note nicht stimmt. Dabei sagt das momentane Abitur nichts über eine medizinische oder juristische Tauglichkeit aus und besitzt keine bundesweite Vergleichbarkeit.

Wir fordern ein bundesweites Zentralabitur und endlich eine Vergleichbarkeit aller Schulabschlüsse in Deutschland, um die Diskriminierung von Schülerinnen und Schülern aus Bundesländern mit unterschiedlichen Bildungsqualitäten zu beenden. Einheit und Chancengleichheit muss in den Schulen beginnen.

Eine gute ergänzende Idee ist eine fächerspezifische Bildungsgrad-Skala, wie sie an Universitäten und im Fremdsprachenunterricht bereits existiert. Mit so einer Skala würden die Schülerinnen und Schüler selbst, die Schulen und auch die Universitäten und Arbeitgeber auf den ersten Blick sehen, was bereits gelernt wurde und wie tiefgehend. Die Zahl an Fehlentscheidungen bei der Berufs- oder Studiengangwahl würde so auf ein Minimum sinken und Universitäten könnten Studienplätze nicht nur nach dem Abiturschnitt, sondern auch nach Note und Leistungsniveau ganz bestimmter Fächer vergeben. Letzteres können wir erleichtern, indem wir die Zahl der Pflichtfächer an Gymnasien reduzieren, die Bildungsqualität erhöhen und zugleich die Palette an individuell wählbaren Fächern erweitern. Wäre in der Oberstufe vieler Gymnasien ein Medizin-Grundkurs wählbar, so würden endlich diejenigen Medizin studieren, die später perfekte Ärzte wären und die sich für das Fach interessieren. Die Zahl an enttäuschenden Studienabbrüchen würde so sinken.

Das Abitur muss zwar die Möglichkeit bieten, später jedes Fachgebiet vertieft zu erlernen. Doch es darf nicht den Anspruch haben, alle aus einer willkürlich festgelegten Liste an Fächern vollständig zu vermitteln. Sonst wissen auch in Zukunft die Studenten nach nur einem Jahr 95% ihrer Abiturinhalte nicht mehr – eine ungeheure Verschwendung von Zeit und Nerven.

Durch die Abschaffung eines breiten Fächerzwangs und durch die Einführung von mehr individuellen Weiterbildungsmöglichkeiten sinkt der Lehrermangel in nahezu allen Fächern stark, während Experten von neuen Fächern in großer Zahl Zugang zur pädagogischen Laufbahn erlangen. Dennoch müssen wir auch den Lehrerberuf im engeren Sinne attraktiver machen, zum Beispiel durch besseren rechtlichen Schutz und durch mehr Freiheiten im Unterrichten vieler Nebenfächer. Lehrpläne können nur eine Richtung vorgeben – sie mit Leben füllen tun die Lehrerinnen und Lehrer unseres Landes.

Engagement lässt sich bewerten – Talent jedoch nicht. Deshalb fordern wir ein Ende der demoralisierenden Benotungen in stark talentabhängigen Fächern wie Kunst, Sport und Musik. Um eine vernünftige Mitarbeit zu erreichen, reicht es, wenn das Bestehen oder Nichtbestehen eines solchen Fachs dokumentiert wird. Die Schule sollte vor allem Einsatz benoten – und Talente fördern. So erreichen wir, dass alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von persönlichem Talent, Spaß an Sport, Musik oder Kunst haben können.

Wir wollen einen an Gegenwart und Zukunft orientierten, fächerübergreifenden Unterricht; darauf bezogen, was wichtig ist und sein wird. Um unsere Kinder bestmöglich auf ihre Zukunft im digitalen Zeitalter vorzubereiten.

Neben einer Schulpolitik, die zusätzlich zu Wissen auch Universalbildung und viele praktische Fähigkeiten vermittelt, fordern wir ein bedingungsloses, steuerfreies und staatlich garantiertes Stipendium für alle Studierenden und Auszubildenden, um junge Erwachsene noch stärker dabei zu fördern, sich eine eigene finanzielle Grundlage und eine Zukunft mit Perspektive aufzubauen.

Individuelle Bildung, Fächer und Laufbahn auf alle Kinder und Jugendlichen persönlich zugeschnitten und endlich mehr Freiheit von pauschalen sowie meist unpassenden und unbrauchbaren Hausaufgaben – so geht moderne, soziale Schulpolitik.

## Europa- und Weltpolitik

Die Europäische Freundschaft hat uns einen bis heute anhaltenden, bald 75-jährigen Frieden beschert und die EU ist zweifelsohne eine ambitionierte und zukunftssträchtige Idee. Sie ist ein Schritt in die richtige Richtung, in Richtung eines vereinten Planeten. Allerdings hat auch die Europäische Union ihre Probleme: Es wird beispielsweise nur ein kleiner Teil der Entscheidungsträger, nämlich die Vertreter des Europaparlaments, tatsächlich von der europäischen Bevölkerung gewählt, weshalb viele Europäer ihr Vertrauen in diese verlieren. Die Politik der EU wirkt dadurch auf große Bevölkerungsteile intransparent. Wir als MSP fordern daher: Mehr Demokratie und Transparenz in der EU! Demokratie schaffen und auch beweisen! Dasselbe gilt übrigens auch für unsere Bundesrepublik, wo schon häufig Fragen von nationaler Wichtigkeit gegen das Interesse der Mehrheit der Bevölkerung entschieden wurden. Was eine Vorbilddemokratie schnell wie eine Mächtetern-Republik aussehen lässt. Schluss mit der Salonpolitik – wir stellen uns hinter die deutsche Bevölkerung!

Ein weiteres Problem liegt bei den Finanzen, denn oftmals gestaltet sich die gemeinsame Verwaltung der Währung, des Euros, schwierig. Zusätzlich ist der Chef der Europäischen Zentralbank genauso wenig demokratisch gewählt wie alle ihm Unterstellten. Warum werden Menschen mit so großer Verantwortung nicht vom Volk gewählt? Dies würde das System der Europäischen Union deutlich demokratischer machen und jeden Vorwurf der Intransparenz oder Verschwörung gegenüber den Verantwortlichen des Finanzsystems unnötig machen. Solange sich die Zentralbanker dieser Welt aber tatsächlich stets selbst wählen, ihre Entscheidungen in geheimen Versammlungen treffen und sich verhalten wie ein gruseliger Geheimbund, wird ihr System das 21. Jahrhundert nicht überstehen. Wir werden nicht länger schweigend zulassen, wie die Banken unser Ersparnis verspielen und von unseren Steuern gerettet werden, während unser Staat bei den Zentralbanken um Geld betteln und sogar noch Zinsen dafür bezahlen muss. Dieses Spiel ist bald aus.

Aber nicht nur unser Finanzsystem ist von nicht-nachhaltigen, kurzsichtigen Entscheidungen betroffen, sondern ebenso die Politik. Die begrenzten Amtszeiten unserer Politiker und die Tatsache, dass selbst jemand, der sein Land in den Ruin wirtschaftet, praktisch gar nicht dafür belangt werden kann, sorgen für eine entsprechend peinliche Politik.

Wir sollten versuchen, Lösungen für dieses Problem zu finden, denn in einer Zeit, in der unsere Zukunft so sehr auf der Kippe steht wie nie zuvor, können wir es uns nicht mehr leisten, nur für die nächsten zwei bis fünf Jahre zu planen. Wir brauchen konkrete Pläne für 2050, nicht nur für 2025! Aus Gründen der Gerechtigkeit sollten Politiker und Finanzchefs für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden können, so wie auch Unternehmer für das fahrlässige Herunterwirtschaften ihrer Firma belangt werden können. Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, auf dieser Welt Ämter und Verantwortung zu übernehmen, aber jeder muss auch zur Rechenschaft herangezogen werden können. Und zwar weltweit.

Zusätzlich zu alledem müssen ärmere Länder, vor allem viele afrikanische Länder, gezielt aus der Schuldenfalle herausgeholt werden. Mittlerweile zahlen viele afrikanische Länder jedes Jahr mehr Zinsen für ihre Schulden an Europa und Amerika, als sie von dort Entwicklungshilfe bekommen. Dieses ungerechte Paradoxon müssen wir auflösen, um eine Entwicklung der betroffenen Länder und damit die bessere Durchsetzung der Menschenrechte möglich zu machen. Auch reduzieren wir so die Fluchtzahlen aus den Ländern – denn wenn unser Zins- und Finanzsystem weiterhin die sogenannte Dritte Welt am Boden hält, dann werden die Menschen eines Tages die Flucht nach Europa als einzigen Ausweg sehen. Und wir müssen verstehen, dass die Migration hunderter Millionen Menschen nach Deutschland unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaftsordnung den Todesschlag versetzen wird.

Wenn wir Menschen auf der ganzen Welt fragen, was sie sich wünschen, so ist Frieden, insbesondere Weltfrieden, der wichtigste Wunsch mit globalem Maßstab. Doch diesen zu erreichen, stellt sich als schwieriger dar, als erhofft. Wollen wir uns der Vision Weltfrieden annähern, müssen die riesigen Differenzen zwischen Nationen, Staaten und Menschen abgebaut werden. Grundregeln müssen international festgelegt und eingehalten werden, Ideen geteilt und Technologien auf denselben Stand gebracht werden. Internationales und Regionales sollte gefördert und Nationales eher zurückgefahren werden.

Somit werden Ressourcen für Grenzanlagen, Kontrollen und Pässe gespart und es entsteht keine künstliche Konkurrenz. All dies ist jedoch nur möglich, wenn überall ein vergleichbarer Lebensstandard herrscht. Zeitgleich müsste das System dezentraler organisiert sein: Nicht mehr einzelne Menschen haben die totale oder sehr viel Macht über ein begrenztes Gebiet, sondern viele Menschen haben begrenzte Macht über das totale oder ein sehr großes Gebiet. Somit würden die Ambitionen nationaler Führungsriege nicht mehr der internationalen Zusammenarbeit und dem Erfolg im Wege stehen. Ressourcen, Erfindergeist und Technologien könnten viel besser genutzt werden, wenn alle darauf Zugriff haben und sich zusammentun. Eine Lockerung der nationalen Aufteilung zugunsten einer globalen Verwaltungsstruktur mag zentralistisch erscheinen, ist aber föderaler, gerechter und besser vor Machtmissbrauch geschützt, wenn tatsächliche Macht auf regionaler, nicht auf nationaler oder kontinentaler Ebene benutzt wird. Ein repräsentatives Komitee könnte global Entscheidungen treffen, ohne dass einzelne Staaten mit Vetorecht blocken und so wichtige und notwendige Entscheidungen verhindern. Wir sind ein Planet. Und wenn wir auf ihm auch in Zukunft gut leben möchten, müssen wir uns miteinander arrangieren und unseren Nationalstolz unter Umständen hintenanstellen. Dazu müssen wir nicht direkt alle Traditionen aufgeben und vergessen, woher wir kommen – es reicht schon, gemeinsam zu überlegen, wo wir als Menschheit eines Tages sein wollen.

## Familie

Familien, genauer Kinder, sichern den Fortbestand unserer Gesellschaft und bilden somit einen der größten Werte. Deshalb sollte die deutsche Bevölkerung ermutigt und dabei unterstützt werden, aus sich selbst heraus genug Kinder zu haben. Egal in welcher Familie, ob traditionell oder nicht, sollte die Garantie dafür gegeben sein, dass das heranwachsende Kind eine möglichst glückliche Kindheit erlebt und möglichst gute Zukunftschancen hat.

Ein wichtiges Element zur Unterstützung von Familien ist die Ehe. Was religionsbezogene Heirat angeht – dies soll Sache der Religionen bleiben. Was jedoch gesellschaftlich und steuerrechtlich als Heirat anerkannt ist, sollten wir hinterfragen. Ursprünglich beruhte das Konzept der staatlichen finanziellen Unterstützung Verheirateter nämlich darauf, vor allem dem Wohl der Kinder zu dienen. Wenn das ursprüngliche Konzept aber durch immer mehr kinderlose Ehen nicht mehr aktuell ist, sollte dann der steuerliche Vorteil nicht besser nur auf Ehen mit Kindern bezogen werden? Somit könnten diese noch besser unterstützt werden. Denn warum sollten kinderlose verheiratete Paare unterstützt werden, unverheiratete aber nicht?

Die schwindende Anzahl an Nachkommen in unserem Land bringt die gesamten Berufs- und Versicherungskonzepte ins Wanken. Der größte Dienst einer Ehe an der Gesellschaft ist also, Kinder in guten Händen aufwachsen zu lassen. Dafür sollte es steuerliche Vorteile geben. Dafür, Verantwortung für einen neuen Menschen zu übernehmen. Deshalb stellen wir uns auch nicht gegen die Ehe für Homosexuelle. Liebe sollte ausgelebt und somit auch in einer Ehe manifestiert werden dürfen. Wenn es allerdings um steuerliche Vorteile geht, gilt dasselbe wie für heterosexuelle Paare: Warum sollten kinderlose verheiratete Paare, egal mit welcher Sexualität, gegenüber unverheirateten kinderlosen Paaren steuerliche Vorteile haben? Wir sind also für eine strikte Trennung zwischen kulturellen Bräuchen sowie sozialen oder religiösen Traditionen und der politischen und finanziellen Realität.

Um Familien bestmöglich zu unterstützen, bedarf es allerdings weiterer Unterstützungsmaßnahmen. Die mangelhafte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist heute einer der Hauptgründe, wieso sich Paare gegen das Kinderkriegen entscheiden. Wollen wir also wieder mehr Eltern das Kinderbekommen ermöglichen, müssen wir vor allem dafür sorgen, dass die Geburt von Kindern einer erfolgreichen beruflichen Karriere nicht im Wege steht. Dabei ist nicht nur essentiell, dass der Staat ausreichend Kitaplätze schafft, Familien mit Kindern stärker finanziell fördert und das Kinderkriegen endlich zur Bereicherung und nicht zur Belastung macht. Auch in den Unternehmen muss schwangeren Frauen sowie Eltern nach der Geburt ihres Kindes zuvorkommend und mit Verständnis und Unterstützung begegnet werden. Schließlich muss jeder Geschäftsführer verstehen: Es sind am Ende die Kinder seiner Mitarbeiter und Angestellten, die seine Rente mitbezahlen.

Auch wollen wir klarstellen, dass eine Familie mit Eltern, die Zeit für ihren Nachwuchs haben, unser politisches Idealziel ist und sein muss. Kitaplätze lindern die Situation für Kinder und Eltern, sind aber psychologisch niemals gleichwertig mit der Liebe und Aufmerksamkeit von Vater und Mutter, die jedes Kind braucht. Das größte Augenmerk muss also darauf liegen, Arbeitsbedingungen und eine Gesellschaft zu schaffen, in der sich Eltern freiwillig und ohne finanzielle Sorgen für mehr Zeit mit ihren Kindern entscheiden.

Wir, die Moderne Soziale Partei, wollen mehr Menschen dazu ermutigen, auch mit einem Beruf Kinder zu kriegen und so für die Zukunft unseres Landes zu sorgen. Schwangere und Eltern sollten vom Staat ein erhöhtes Kindergeld und kostenlose Leistungen erhalten. Die Kinder sind es, die sich eines Tages auch um diejenigen kümmern werden, die selbst nie Kinder haben wollten – egal ob mit einer Tätigkeit in der Altenpflege oder mit ihrem Rentenbeitrag allgemein.

## **Innere Sicherheit, Demokratie und Rechtsstaat**

Wir unterstützen das föderale System der Bundesrepublik Deutschland. Unserer Meinung nach muss trotz allen föderalen Grundsätzen die materielle Grundversorgung der Menschen vom Bund getragen werden, damit grundlegende Lebensstandards im gesamten Bundesgebiet gleich sind. Dasselbe gilt für Bildung und Infrastruktur. Das Abitur soll endlich in allen Bundesländern gleichwertig sein, ebenso die Qualität von Trinkwasser, Lebensmitteln, die öffentliche Sicherheit und der Zustand öffentlicher Infrastruktur. Um Deutschland zu einen und nicht zu spalten, brauchen wir bundesweite Lösungen und kein Polit-Chaos.

In einer gerechten, modernen und sozialen Welt ist kein Platz für Gewalt und Willkür. Wir fordern ein härteres Vorgehen gegen Gewaltverbrechen, insbesondere bei zutiefst unmoralischen Motiven und bandenhaftem Vorgehen. Straftäter sollen neben oder statt normaler Haft auch zu gemeinnützigen Natur- und Klimaschutzprojekten herangezogen werden, was ihre Haftzeit wiederum verringern könnte. Egal, ob Blumen gießen, Bäume pflanzen oder Waldbrände bekämpfen – all diese Aufgaben benötigen in ganz Europa und weltweit mehr Arbeitskräfte. Sie bringen außerdem der Gesellschaft und der Welt mehr Nutzen, als einen Straftäter jahrelang auf Staatskosten in einem deutschen Gefängnis unterzubringen. Zudem ist zu erwarten, dass die Natur einen besseren Einfluss auf den Geist eines Verbrechers haben wird, als es ein deutsches Gefängnis mit vielen anderen Kriminellen im Umfeld haben könnte.

Auch wurde die deutsche Justiz jahrzehntelang vernachlässigt und unterfinanziert – und ist es bis heute. Viel zu viele Urteile werden nicht vollstreckt, Haftbefehle nicht vollzogen sowie Verfahren eingestellt. Wir sagen: Schluss damit. Die deutsche Justiz muss wieder durchgreifen können. Sie darf nicht bei Gangs für ihre Laschheit bekannt sein und unser Land dadurch zu einem Ort machen, an dem ohne nennenswertes Risiko Straftaten begangen werden können. Statt, wie momentan, unsere Energien auf Kleinkriminelle zu fokussieren, fordern wir, dass sich Deutschland endlich auf diejenigen konzentriert, die auch wirkliche ernsthaft gefährdend für andere Menschen und die innere Sicherheit sind. Wir müssen in Härtefällen das Gewaltmonopol des Staates durchsetzen. Wir wollen alle kriminellen Clans bis 2030 auflösen, und das im Zweifel durch Ausweisung aller Anführer und des führenden Kreises aus dem Land. Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaats muss wiederhergestellt werden – dafür steht die MSP.

Eine zusätzliche Gefahr stellt immer mehr der wachsende Extremismus dar, der nur allzu schnell in Gewalt und Kriminalität umschlägt. Es steht fest: Nicht alle Terroristen in Deutschland sind ab 2015 ins Land gekommen. Auch wenn ein naiver Umgang mit Migration und Flucht auf der einen sowie Rechtsradikalen auf der anderen Seite sicherlich ein Problem darstellt – es gibt noch viel mehr Ursachen für den explodierenden Extremismus in unserem Land.

Vor allem das Gefühl von Ungerechtigkeit führt zu Radikalismus und schließlich zu Extremismus. Aber statt die Ursachen des Radikalismus zu bekämpfen, versuchen die Regierenden immer erfolgloser, die Symptome unseres ungerechten politischen, ökonomischen und sozialen Systems einzudämmen, die in Form von Populismus und Radikalismus langsam in unserer politischen Landschaft Überhand nehmen.

Die MSP verfolgt einen nachhaltigen Ansatz. Sobald alle Bürgerinnen und Bürger ein menschenwürdiges Leben führen und von den Verantwortlichen in der Politik und Wirtschaft gerecht und mit Respekt behandelt werden, werden die Gefahren des politischen Radikalismus, Extremismus und Terrorismus nahezu auf Null schrumpfen.

Wir sind davon überzeugt, dass ein Ende der finanziellen und sozialen Ungerechtigkeit, die der ganzen Welt die Luft zum Atmen nimmt, die weltweite Kriminalität um etwa 90% senken wird. Kein anderer Ansatz ist effektiver.

## Deutschlands Vergangenheit

Wäre Deutschland ein Mensch, dann bräuchte es nicht einmal einen erfahrenen Psychologen, um festzustellen, dass Deutschland eine kranke Seele hat. Unser Land, einer der jüngsten Staaten Europas, schwankte in den letzten zweihundert Jahren stets zwischen Selbstverneinung und Größenwahn. Heute lassen sich beide deutsche Einstellungen sofort am radikal linken und radikal rechten politischen Lager festmachen. Und beide Einstellungen sind falsch.

Erst durch Selbstakzeptanz und eine gesunde Selbstliebe kann Deutschland als Gemeinschaft ein gesundes Verhältnis zu anderen Nationen aufbauen. Zudem verhindern Selbstakzeptanz und ein erwachsenes Verhältnis zur eigenen Vergangenheit ein erneutes Aufkommen von Selbstüberschätzung.

Wir als MSP sehen die Überwindung der deutschen Schuldkomplexe als Voraussetzung zur Überwindung von Nationalismus und Rassismus. Wenn weiterhin jeder politisch Andersdenkende mit der Nazi-Keule mundtot gemacht wird, dann nutzt sich das Wort ab und wir hören auf, harmlose Mitbürger von echten Nazis zu unterscheiden.

Es ist berechtigt, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung genug davon hat, sich schuldig zu fühlen für Verbrechen, die sie weder miterlebt noch begangen hat. Die große Gefahr im ständigen Einreden einer kollektiven deutschen Schuld besteht darin, dass eben diese Bevölkerungsmehrheit den deutschen Minderwertigkeitskomplex eines Tages derart satt hat, dass sie denen in die Fänge läuft, die wirklich Nationalismus und Rassismus verbreiten. Das müssen wir verhindern.

Letztlich müssen wir Eines erkennen: Wir tragen die Verantwortung, sicherzugehen, dass sich die Schrecken des 20. Jahrhunderts nicht wiederholen. Aber eine Schuld tragen die nach dem Krieg aufgewachsenen Deutschen ebenso wenig wie die Franzosen von heute für die Feldzüge Napoleons.

Nur ein Drittel aller Deutschen äußert sich noch frei in der Öffentlichkeit. Im Internet sind es noch weniger. Das sollte uns zu denken geben. Hören wir auf, ständig zwischen Selbsthass und Größenwahn zu schwanken. Akzeptieren wir die Vergangenheit und lernen wir aus ihr.

Doch statt ständig zurückzublicken, müssen wir nun nach vorne sehen. Um eine Zukunft zu schaffen, in der kranke Ideologien keinen Platz mehr haben.

## **Migration und Bevölkerung**

Wir fordern, dass beim Thema Migration und Flucht die Panikmache auf der einen Seite und die naive Relativierung auf der anderen Seite aufhören. Die MSP setzt sich für einen realistischen, sozialwissenschaftlichen Blick auf die Situation ein. Einige Tausend integrationswilliger Migranten sollten nicht als Gefahr gesehen werden, mehrere Hunderttausend oder Millionen Einwanderungen in kurzer Zeit verändern jedoch das Land für immer. Ob zum Guten oder zum Schlechten, zeigt sich erst mit der Zeit und sollte in einem friedlichen und vernünftigen gesellschaftlichen Dialog ausdiskutiert werden.

Dass die Einwanderung nach Deutschland im Zuge der Flüchtlingskrise 2015 außer Kontrolle geraten ist und dass die deutsche Regierung gegenüber den Schutzsuchenden und zugleich gegenüber der eigenen Bevölkerung versagt hat, beschämt und besorgt uns noch immer. Dass Menschen teilweise jahrelang auf die Bearbeitung ihres Asylantrags warten müssen und weder arbeiten können noch eine klare Zukunftsperspektive haben, ist ein Beispiel des politischen Versagens in Deutschland und muss beendet werden. Wenn die Bundesregierung bereits mit zwei Millionen Menschen derart überfordert war, stellen wir uns die Frage, wie sie mit den Hunderten Millionen umgehen will, die sich laut UN-Prognosen in den nächsten drei Jahrzehnten aus Afrika und Asien auf den Weg nach Europa machen werden.

Angesichts der prekären weltweiten Situation und des fortschreitenden Klimawandels fordern wir eine weitsichtige Migrationspolitik. Es muss klar sein, dass wir diese Menschenmassen nicht unterbringen können, schon gar nicht mit der Würde, die einem jeden Menschen zusteht.

An dem Aufstieg rechter Parteien nach dem politischen Versagen von 2015 leidet Deutschland außerdem noch heute. Wiederholt sich das Desaster der migrationspolitischen Überforderung in einem vergleichbaren oder noch größeren Maßstab, so müssen wir keine Hellseher sein, um zu wissen, dass viele Menschen in Deutschland ihre letzte Hoffnung in radikal rechter Politik sehen würden – und die ist, wie die Geschichte schon oft gezeigt hat, eine große Gefahr für die ganze Welt.

## **Soziales, Arbeit und Rente**

Das momentane, uns wohlbekannte System einschließlich Beruf und Ruhestand wurde in Zeiten geschaffen, in denen die heutigen Probleme – aber auch Chancen – noch nicht absehbar waren. Für die Zukunft stellt sich die Frage, inwieweit der Beruf noch die Essenz des eigenen Überlebens sein wird. Heutzutage ist ein deutscher Arbeitsloser nicht mehr akut in seiner Existenz bedroht:

Es gibt Arbeitsunfähigkeitsversicherungen und Arbeitslosengeld, hier greift der Sozialstaat. Aber immer mehr Menschen beziehen Leistungen aus Kassen wie der Rentenkasse, während gleichzeitig immer weniger Menschen einzahlen. Durch das sich umkehrende Verhältnis der Altersgruppen steht unser Versicherungssystem also immer dringlicher vor einem Problem.

Die aktuelle Entwicklung birgt aber nicht nur Probleme, sondern auch enorme Chancen: Durch die Digitalisierung werden in Zukunft massenweise ganze Berufszweige durch automatisierte Verfahren ersetzt werden können. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit steht möglicherweise ein menschenwürdiges Leben in Arbeitslosigkeit in Aussicht. Ganz einfach deshalb, weil durch Automatisierung und Technisierung alle benötigten Ressourcen und Lebensgrundlagen in ausreichenden Mengen für alle Menschen gewonnen und produziert werden können. Schon heute könnten wir große Schritte in diese Richtung machen, aber die Welt steht auf der Stelle. Wir begrenzen uns selbst dadurch, dass wir begrenzte Ressourcen nutzen. Die Mächtigen streiten sich um die besten und größten Erdölfelder, um das gewonnene Öl zu verkaufen. Es geht also Einzelnen darum, möglichst viel Kapital aus Ressourcen zu schlagen, die sowieso bald erschöpft sein werden. Dieses einzelne Profiteure hervorbringende, kurzsichtige Handeln begrenzt die Menschheit darin, ein menschenwürdiges Leben für alle zu schaffen. Steigen wir jedoch auf unerschöpfliche Energiequellen um, wer muss sich dann noch um Sonnenlicht streiten?

Es wäre genug Strom für alle da. Es stände genug Energie zur Verfügung, um hocheffizient Lebensmittel für alle Menschen dieser Erde zu produzieren. Wir KÖNNEN alle Menschen ernähren, selbst wenn es 10 oder 12 Milliarden wären. Wir müssen es nur TUN. Wir müssen das System sowohl effizient als auch suffizient gestalten und nicht verschwenden, was wir haben, wohingegen zur gleichen Zeit andernorts Menschen den Hungertod sterben. Ein Ende des Hungers ist das Ziel der MSP und unser aller moralische Verpflichtung. Die Würde jedes Menschen hat es verdient, tatsächlich unantastbar zu sein. Schon Mahatma Gandhi hat einmal gesagt: „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse – aber nicht für jedermanns Gier“.

In Zukunft könnten also alle Menschen eine Grundversorgung erhalten. Die Grenzen zwischen Arbeit und Ehrenamt würden verschwimmen, bis Arbeit irgendwann einzig der Selbstverwirklichung dient oder höchstens einen Zusatzverdienst einbringt, jedoch nicht mehr obligatorisch ist. Somit könnten viel mehr Menschen ihren Träumen und ihrer Leidenschaft folgen, da sie nicht auf das Geld schauen müssten, welches sie mit dem jeweiligen Beruf verdienen. Somit würden die Menschen gleichzeitig glücklicher werden, weniger gestresst sein und mehr Zeit mit Familie und Freunden verbringen können. Diesem Szenario einer goldenen Zukunft gilt es, sich möglichst schnell und gut anzunähern. Dazu verfolgt die MSP den Ansatz, viel Geld in Wissenschaft, Technologie und Forschung zu investieren, um die Technik so schnell wie möglich voranzutreiben. Letztere soll dabei stets das Wohl der Menschen zum Ziel haben.

Und wir können schon jetzt beginnen. Heutzutage ist das Argument „Wir brauchen Arbeitsplätze“ eines der stärksten überhaupt. Wir brauchen Arbeitsplätze, um das Wirtschaftswachstum aufrecht zu erhalten, oder um nicht von anderen Ländern abgehängt zu werden. Hierbei müssen wir verstehen, was die Bedürfnisse dahinter sind, nämlich ein sicheres, gutes Leben ohne Existenzängste. Wir brauchten früher Arbeit, um unsere Miete und unsere Nahrung bezahlen zu können. Doch können diese Bedürfnisse heute nicht auch durch andere Modelle befriedigt werden? Braucht es denn 40- und 50-Stunden-Wochen dazu?

Warum keine Teilzeitarbeit für Männer und Frauen mit einem Mindestlohn, der endlich ausreicht, um alle Bedürfnisse zu erfüllen? Warum nicht ein Job, der tatsächlich mit einer eigenen Familie vereinbar ist? Solch ein Arbeitssystem wäre ein realistischer mittelfristiger Schritt in Richtung goldene Zukunft.

Unabhängig davon, wie wir die Rolle von Beruf und Lohn in den nächsten Jahrzehnten sehen, müssen wir auch die dringenden Probleme von Heute ernst nehmen. Vor allem der Fachkräftemangel in Deutschland und die absolut ungenügende Bezahlung und Wertschätzung der sozialen Berufe, die das Rückgrat unserer Gesellschaft bilden, bereiten uns große Sorgen. Es wird Zeit, dass in unserem Land ein Umdenken stattfindet. Wir fordern eine Arbeitsmarktpolitik, die sich nicht länger am Profit der Wirtschaft orientiert – denn das Geld kommt bei der breiten Bevölkerung nicht an, wie die letzten Jahre des sogenannten „wirtschaftlichen Aufschwungs“ gezeigt haben, den fast niemand gemerkt hat.

Das Wohl der ganzen deutschen Gesellschaft muss zum Maß der Dinge werden. Auch Alleinerziehende müssen genug Zeit für ihre Kinder haben. Auch wer Teilzeit arbeitet, muss davon leben können. Und wer sich um Alte, Kranke oder Kinder kümmert, egal ob privat oder beruflich, verdient die Hochachtung aller deutschen Politiker und all derer, die sich sonst nie um die Belange der Unter- und Mittelschicht scheren.

## **Technologie und Infrastruktur**

Die Digitalisierung an sich ist erst einmal nur ein Vorgang und die damit verbundenen Technologien Werkzeuge, beide sind von sich aus weder gut noch schlecht. Wie wir die Digitalisierung sehen und bewerten, liegt bei uns. Da sie aber wohl kaum aufzuhalten ist, selbst wenn wir es wollten, sollten wir das Beste daraus machen und die Neuerungen der Digitalisierung für uns nutzen. Nicht jedes Problem kann mit dem digitalen Hammer erschlagen werden. Wo dies aber möglich ist, wäre es dumm, auf seinen Einsatz zu verzichten.

Es liegt an uns, am Individuum. Doch die Politik muss die Rahmenbedingungen für ein solches mündiges Verhalten schaffen.

Die Digitalisierung soll und muss ihren Nutzern und nicht einzelnen Firmenchefs dienen. Großkonzerne dürfen nicht weiter schamlos Daten ihrer Kunden sammeln und weiterverkaufen. Hersteller dürfen nicht Geräte nach dem Prinzip der geplanten Obsoleszenz absichtlich so konzipieren, dass sie kurz nach Ablauf der Herstellergarantie nicht mehr funktionieren, um einen Neukauf anzuregen. Hier spielt also auch das Thema Digitalisierung und Nachhaltigkeit eine entscheidende Rolle. In einer Welt, in der Ressourcen knapper werden und wir unseren negativen Einfluss auf den Planeten so gering wie möglich halten müssen, soll gerade im sich immer schneller entwickelnden Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologie nachhaltig gehandelt werden. Es steht fest: Es gibt noch viel zu wenig Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Ethik im Zusammenhang mit der Digitalisierung, denn diese entwickelt sich rasend schnell. Darum müssen wir hinterherkommen mit politischen Richtlinien. Diese sind notwendig, um auch die Firmen und Menschen mit ins Boot zu holen, die sich nicht von sich aus um Datenschutz und -sicherheit sowie Nachhaltigkeit im digitalen Bereich scheren.

Eine erfolversprechende Idee ist der Aufbau eines staatlich oder gar europaweit unterstützten sozialen Netzwerkes inklusive eines Messenger-Dienstes mit Voll-Verifizierung, welche nur mithilfe amtlicher Dokumente geschehen kann. Dieser Ansatz verhindert Betrug und das Netzwerk ist frei von Werbung, Beleidigungen, Spam, Bots und Ähnlichem, da für jeden Account eine natürliche oder juristische Person geradesteht, während sich niemand mit Werbung Einnahmen ergaunert. Und der größte Vorteil: Es geschieht kein Datenmissbrauch mehr durch den Betreiber.

Wir unterstützen ebenfalls die Idee eines europäischen Cloudservice wie Gaia X; dieser muss aber von Anfang an sicher und transparent gegenüber der Bevölkerung sein.

## **Verkehr, Bau und Wohnen**

Die Zahl der Wohnungslosen ist von 230.000 in 2008 auf über 1.000.000 in 2019 gestiegen. Die Schuld dafür tragen das amoklaufende Finanzsystem und die seit Jahren untätigen Bundestagsparteien. Deutschland braucht neuen Wohnraum – und endlich Städte, die die Bezeichnung „modern“ verdienen. Enteignungen schaffen keine Wohnungen, deshalb sollten wir uns vor allem darauf zu konzentrieren, internationale Finanzgangster davon abzuhalten, unseren knappen Wohnraum zur Spekulation zu missbrauchen. Die MSP fordert eine eiserne Enteignung illegal erworbener Immobilien – aber vor allem das größte Bau- und Infrastrukturprogramm seit der Nachkriegszeit. Unsere Schulen, Straßen und Städte haben eine grundlegende Modernisierung so nötig wie noch nie zuvor. Den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, einer globalisierten Welt und der Digitalisierung können Städte am besten gerecht werden, die im selben Jahrhundert errichtet wurden.

Die Situation der deutschen Verkehrspolitik ist zurzeit ähnlich desolat wie die Wohnungssituation. Wie sollen Menschen auf den klimaschonenden Schienenverkehr umsteigen, wenn er langsamer und teurer ist als das Auto? Wenn es selbst in der ersten Klasse des Fernverkehrs teils kein Warmwasser, allgemein kaum einen pünktlichen Zug und im Personennahverkehr ein ständiges Gedränge selbst um Stehplätze gibt? Die Bahn kann nicht zugleich günstig, klimaschonend, zuverlässig, modern und gewinnbringend sein. Wollen wir eine gute Bahn, muss sie in öffentlicher Hand sein. Wir fordern ein Ende des Totsparens bei unseren öffentlichen Verkehrsmitteln. Die MSP steht für eine massive Modernisierung unseres Verkehrswesens. Damit wir uns in Zukunft nicht mehr für unseren Schienenverkehr schämen müssen.

## **Verbraucherschutz**

Um zu verhindern, dass Finanzgangster und Hintermänner unsere Politik und Wirtschaft für ihre Zwecke missbrauchen und um die Verbraucher über Lobbyismusaktivitäten aller Unternehmen aufzuklären, fordern wir ein Lobbyismusregister, in dem sich jeder Lobbyist mit Auftraggeber, Budget und Auftrag eintragen muss, und das selbst bei kleinen Beträgen. Das wäre nicht nur ein großer Beitrag für den Verbraucherschutz – sondern auch für eine transparente Politik.



Um auch Aktiengesellschaften und vor allem ihre Geschäftsführer und Aktionäre an Fehlverhalten der Unternehmen zu beteiligen, fordern wir zudem eine Regelung, durch die Aktiengesellschaften, die zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, diese nicht auf Konsumenten in Form von Preiserhöhungen, sondern auf die Geschäftsführer, Teilbesitzer und Aktionäre abwälzen müssen. Dies wird Unternehmen und vor allem ihre Profiteure dazu motivieren, kein illegales Verhalten und keinen Rechtsbruch zu tolerieren.

## Wahlen in Deutschland

Wir, die MSP, sind die einzige Partei Deutschlands, die den Anspruch hat, nicht nur einen bestimmten Teil der Bevölkerung zu repräsentieren, sondern alle Menschen in unserem Land. Wir möchten die deutsche Gesellschaft nicht teilen, sondern vereinen. Bei den wichtigsten Fragen sind wir uns zweifelsohne einig: Wir alle wollen auf einem intakten Planeten leben. Wir alle wollen ein schönes, glückliches Leben. Niemand will, dass sich andere auf die eigenen Kosten bereichern, niemand will Gewalt und Ungerechtigkeit erfahren. Diese gemeinsamen Vorstellungen sollten die Grundlage für unerschütterliche und universelle Regeln werden, die wir gemeinsam erfüllen. Nicht nur die Würde des Menschen muss unantastbar sein, sondern auch seine Freiheit, seine Individualität, der gesamte Mensch an sich. Einige wenige humanitäre Grundsätze genügen, um diese auf fast alle politischen Fragen anwenden zu können. Somit können wir viele soziale Schichten und ganz verschiedene Lebensstile miteinander vereinen – und bleiben uns selbst zugleich treu.

Mit aller Entschiedenheit stellen wir uns dagegen, die Generationen immer weiter gegeneinander auszuspielen. Wir sollten gemeinsam mit Menschen allen Alters an Lösungen arbeiten und mit den gegenseitigen Vorwürfen aufhören – denn diese lösen keine Probleme.

Gerade die junge Generation hat in der letzten Zeit gezeigt, dass auch sie Interesse an Politik hat, weil diese uns alle etwas angeht. Die deutsche Bevölkerung fordert mit immer größerer Mehrheit massive Veränderungen. Wir möchten deshalb allen politisch interessierten Menschen in unserem Land die Möglichkeit geben, endlich mitzubestimmen. Dazu gehört vor allem, das Mindestwahlalter auch für Bundestagswahlen auf 16 Jahre herabzusetzen, um moderne und soziale Politik zu unserem Qualitätsstandard zu machen.

Wir, die Moderne Soziale Partei, lassen uns in kein politisches Spektrum einordnen, denn wir sind wir vertreten das Deutschland von Morgen – eine solidarische Gesellschaft, die nicht, wie heute, in unversöhnlich verfeindete Gruppen geteilt ist.

Ein Land in Frieden und Wohlstand, im Herzen Europas. Das ist unsere Vision, und dafür lohnt es sich, von Null anzufangen. Dafür lohnt es sich, mit mutigen Menschen und einer neuen Partei die Politik aufzumischen. Dafür lohnt es sich, MSP-Mitglied zu werden. Die nächsten Generationen, unser Planet und die Menschheit werden es uns danken.

# Unsere Antworten auf kritische Fragen

## **1. Wie will die MSP alle ihre Ziele finanzieren?**

Wenn wir uns von einem Finanzsystem und einer Wirtschaftsmechanik, die vor Hunderten von Jahren entworfen wurden, einschränken lassen, und nicht außerhalb dieses Rahmens denken, dann wird es schwierig sein, überhaupt eine menschenwürdige Zukunft für die Deutschen und die Menschheit zu erreichen. Eben deshalb denken wir außerhalb des alten Systems.

Es mag möglicherweise nicht genug Geld geben, um unsere Projekte nach den Spielregeln des alten Systems zu realisieren – geschweige denn mit der „Schwarzen Null“ – doch es gibt mehr als genug Ressourcen und Menschen in Deutschland, um alle Pläne in diesem Programm umzusetzen – und sogar noch viel mehr. Während sich die anderen Parteien von einem obsoleten Geld- und Leistungssystem in ihren politischen Zielen beschränken lassen, denken wir weiter. Unser größtes wirtschaftspolitisches Ziel ist der Aufbau der ersten gerechten Währung der Welt. Dazu darf der Wert des Geldes nicht nur vom Vertrauen in Regierungen und Banken, die uns alle ständig im Stich lassen, abhängen. Wir planen die Umsetzung einer Währung, die direkt an die Wirtschaft, Leistung und Arbeitskraft der Menschen gekoppelt ist.

Damit beenden wir über Nacht die ständige Umschichtung des Vermögens in Richtung der Reichen, beenden für immer das Risiko von Finanzkrisen und schaffen eine nachhaltige Wirtschaft für alle.

Dieses Konzept wollen wir der Europäischen Union und vielleicht sogar der gesamten Welt anbieten. Unabhängig davon, ob andere Regierungen hinter uns stehen, wollen wir den neuen wirtschaftlichen Masterplan in Deutschland einführen, um ein für alle Mal die Enteignung unserer Sparer zu beenden, die Rente zu sichern und den Betrug an allen Bürgerinnen und Bürgern zu beenden.

Es ist stets das System, das uns Grenzen setzt, nicht diese Welt. Weiterentwickeln können wir uns immer – manche Systeme sind jedoch dem Tod geweiht. Die Lösung auf die drängendsten Probleme des 21. Jahrhunderts ist unser Konzept der Modernen Sozialen Wirtschaft.

## **2. Brauchen wir die Inflation und den Zins nicht zum Wirtschaftswachstum?**

Nein. Inflation drängt Unternehmen erstens weniger ins Investment, als dass sie Menschen in den Konsum drängt. Das Zinssystem ist also mitverantwortlich für Überkonsum, Verschwendung, Verschuldung und die Zerstörung unserer Umwelt und unseres Planeten.

Unternehmen können zweitens auch bei hoher Inflation durch Aktien und Spezialdeals sowie einer internationalen Fächerung weiterhin gewinnbringend Geld sparen. Die einzelnen Menschen in Deutschland können das nicht. Sie sind größtenteils auf Bankkonten angewiesen, die schlechteste Geldanlage überhaupt.

Wir müssen nicht nur die Schere zwischen Arm und Reich wieder mehr schließen, sondern auch die treibende Kraft, die sie weiter öffnet, nämlich den Zins, eliminieren. Umverteilungen allein sind nur Symptombekämpfung, denn solange der Reichtum ungleich verteilt ist, wird der Zinseffekt weiter exponentiell erstarken. Keine Umverteilung, keine Sozialmaßnahme, nichts kommt auf lange Sicht gegen den Zinseszins an, der die Schuldenberge der Welt immer weiter aufbläst – und das immer schneller.

Die Wahrheit ist: Wir können auch ohne Zinsen und Inflation die Unternehmen und die Reichen dieser Welt dazu motivieren, mehr zu investieren, zum Beispiel mit ausgleichenden Gebühren und Steuern auf Vermögen. Gleichzeitig wäre die gesamte Bevölkerung von den Ketten von Inflation und Zins befreit. So hätten wir eine gerechtere Vermögensverteilung – und zugleich ideale Preisstabilität. Mit dem Konzept der MSP steht fest, dass wir das große Wirtschaftswunder des 21. Jahrhunderts erleben werden.